Die internationale Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **85 (1993)**

Heft 1

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

DIE INTERNATIONALE RUNDSCHAU

IMB-Präsident kritisiert lange Arbeitszeiten in Japan

Franz Steinkühler, IMB-Präsident und IG Metall-Vorsitzender, hat japanische Unternehmen des «Exports von Arbeitslosigkeit» und des «Sozialdumpings» beschuldigt. Diese Erklärung gab Steinkühler nach einem Treffen mit dortigen Metallgewerkschaften ab, deren Präsident, Teruhito Tokumoto, das Engagement der Gewerkschaften unterstrich, die Jahresarbeitszeit in der Industrie auf 1800 Stunden zu senken.
Der IMB-Präsident lobte die Kampagne der japanischen Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung. Tokumoto beschrieb die Übereinstimmung mit führenden Automobilfirmen in diesem Punkt. Es sei jedoch noch kein Datum für ihre Einführung festgelegt.
Der IMB-Präsident erläuterte weiter, japanische Automobilfirmen erhöhten weit über den erwarteten Nachfrageanstieg hinaus «fieberhaft» ihre Produktion im Inland und in Europa, wo Honda soeben die erste gewerkschaftsfreie Fertigungsanlage in England in Betrieb genommen hat. Dies könne zu einem erbitterten Überlebenskampf führen, in dem andere Automobilfirmen zusammenbrechen würden. Der japanische Ausstoss stütze sich auf lange Arbeitszeiten, übermässige Überstunden und kurzen Jahresurlaub, so der Protest des IMB-Präsidenten und IG-Metall-Vorsitzenden.
Er sei nicht gegen Wettbewerb, und die deutschen Metallunternehmen müssten unter sozial akzeptablen Bedingungen modernisiert werden, um die japanischen Produktivitätsniveaus zu erreichen.
Steinkühler forderte eine Angleichung der Arbeitsbedingungen, namentlich der Arbeitszeiten in den G7-Ländern. «Wenn die grossen Unterschiede in den Arbeitsbedingungen weiterbestehen, wird die Gefahr des Protektionismus nur noch grösser.»
Quelle: IMB-Nachrichten, 12,92

Haiti: Gewerkschafter im Gefängnis

Der IBFG hat sich schriftlich an die Behörden Haitis gewandt, um seine Besorgnis angesichts der fortdauernden Inhaftierung von drei Gewerkschaftern zum Ausdruck zu bringen. Solon Cadet, Chef des nationalen Bundes, des CTH, sowie Bahurel Medelus und Reverend Louis German, Mitglieder der Landarbeitergewerkschaft Haitis, wurden am 3. Dezember verhaftet. Der IBFG verurteilte die Inhaftierungen, Einschüchterungen und Morde, zu denen es in Haiti täglich kommt.
Quelle: IBFG-Nachrichten 1,93

Türkei: Gewerkschaftsinstitut von DISK

Der türkische Gewerkschaftsbund DISK, der in der Zeit der Militärdiktatur verboten war und dessen Gewerkschaftsführer verhaftet wurden, verstärkt jetzt seine Arbeit, nachdem ihm das von der Regierung beschlagnahmte Vermögen wieder zurückgegeben worden ist. Als Teil dieser neuen Aktivität hat DISK kürzlich auch ein Gewerkschaftsinstitut geschaffen. Der Gewerkschaftsbund Türk-Is hat bisher kein eigenständiges Forschungsinstitut, verfügt aber über Forschungskapazitäten innerhalb der Gewerkschaftszentrale sowie einiger seiner Mitgliedsverbände.
Quelle: EGI-Newsletter 3,92

Deutschland: Kontroverse um 1.-Mai-Motto

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) entschied sich 1993 für folgendes 1.-Mai-Motto:
«Zeichen setzen: Für Gleichberechtigung, Toleranz und Gerechtigkeit».
Dazu «Die Quelle», die Funktionärszeitschrift des DGB:
«In dem Motto sind die Fragen angesprochen, die alle Mitglieder der Gewerkschaften 1993 bewegen. Die Gewerkschaften fordern Gerechtigkeit in Ost und West und vor einer sich abzeichnenden Rezession mit zurzeit noch nicht absehbaren Beschäftigungseinbrüchen in den meisten Branchen. Sie erwarten Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten – für den Aufbau im Osten, für die Minderung der Rezessionsfolgen und für die Unterstützung der Staaten in Mittel- und Osteuropa.
Wir wollen Gerechtigkeit für die Menschen, die aus anderen Staaten zu uns gekommen sind, vor Bürgerkriegen oder politischer Unterdrückung fliehen. Mit dem Begriff «Toleranz» appelliert das Motto an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, das «Fremde» in unserer Nachbarschaft nicht auszugrenzen und sich gegen Fremdenfeindlichkeit einzusetzen.»
Proteste gegen dieses Motto gab es vor allem von Frauenseite. Der DGB hatte 1992 noch das Motto «Frau geht vor» erwägt, dieses aber schliesslich zugunsten der jetzt gewählten «alle Mitglieder» bewegenden Formulierung beiseite gelassen.
Quelle: Die Quelle 1,93

Proteste gegen Verhaftungen

Malawi: Der IBFG hat die Verhaftung von über 150 Mitgliedern der malawischen Demokratiebewegung AFORD vom 20. Dezember verurteilt. Die Verhafteten, die anschliessend gegen Kaution freigelassen wurden, hatten sich alle aktiv für eine Mehrparteien-Demokratie und die Freilassung von Gewerkschaftsführer und Demokratieverfechter Chakufwa Chihana eingesetzt. In einem Schreiben an den malawischen Präsidenten Hastings Banda wiederholte der IBFG seine Forderung nach der Freilassung Chihanas und erklärte, dass die internationale Gemeinschaft das Referendum am 15. März mit Argwohn betrachten werde, falls die Einschüchterung der Demokratiekräfte nicht beendet und es den Menschen nicht gestattet werde, sich uneingeschränkt für ihre Vorstellungen einzusetzen.
Quelle: IBFG-Nachrichten 1,93